

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (0228) 21 90 35/39
Telex: 08 88 846 pbbn d

Inhalt

Kurt Gscheidle, Bundespostminister, unterstreicht, daß die Post bei ihrer Unternehmenspolitik bleibt: Glasfasertechnologie und Trägerfrage. Seite 1

Helmut Rothenmund MdL, Bayerischer SPD-Vorsitzender, erinnert an den 10. Todestag von Waldemar von Knoeringen: Ein Überzeugter Sozialist. Seite 3

Alfred Emmerlich MdB kommentiert das Ergebnis des Maydanek-Prozesses: Vorwurf gegen Nachkriegspolitik. Seite 5

Horst Grunenberg MdB sieht die 3. UN-Seerechtskonferenz als Thema für Ottawa: Weitgehende Gemeinsamkeit nötig. Seite 6

Horst Jungmann MdB zum derzeitigen Stand des Tornado-Ausschusses: Unbehagen an der Opposition. Seite 8

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0228) 8 12-1

36. Jahrgang / 121

1. Juli 1981

Glasfasertechnologie und Trägerfrage

Die Post bleibt bei ihrer Unternehmenspolitik

Von Kurt Gscheidle
Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen

Das Bundeskabinett hat am 8. April 1981 festgestellt und sowohl am 13. Mai 1981 wie auch gerade wieder am vergangenen Mittwoch bestätigt, daß die Deutsche Bundespost aufgrund eines langfristigen Investitions- und Finanzierungsplanes den zügigen Aufbau eines integrierten Breitbandglasfaserfernnetznetzes vornehmen wird, sobald die technischen Voraussetzungen vorliegen. Um diese Voraussetzungen schnellstmöglich zu schaffen, wird die Post entsprechende Systemversuche durchführen. Sie dienen ausschließlich der Erprobung der Glasfasertechnik, geben also - um Befürchtungen vorzubeugen - keine Auskunft über medienpolitische Fragen.

So wird der am 8. Mai 1981 gestartete Großversuch eines breitbandigen integrierten Glasfaserfernnetznetzes - ich habe es unter dem Namen BIGFON in Darmstadt vorgestellt - auf einer Anschlußleitung die gleichzeitige Übertragung von

- mehreren Telefongesprächen, Daten, Texten und Zeichnungen,
- zwei bis vier Fernsehprogrammen, die von einer Zentrale, aus einer Vielzahl dort vorhandener Programme abgerufen werden können,
- 24 Stereo-Rundfunkprogrammen oder alternativ vier Rundfunkprogrammen, die von einer Zentrale, aus einer Vielzahl dort vorhandener Programme abgerufen werden können und
- einem Fernsehtelefongespräch mit Farbfernsehqualität ermöglichen.

Die Deutsche Bundespost wird für diesen Versuch im Rahmen des Programms "Technische Kommunikation" der Bundesregierung 150 Millionen DM bereitstellen. Ich habe die deutsche Fern-



36. Jahrgang / 121 / 1. Juli 1981

meldeindustrie gebeten, firmenspezielle Konzepte für die Erstellung und Erprobung von Prototyp-Systemen vorzuschlagen. Diese Systeme sollen 1982/83 erstellt und anschließend bis 1985 erprobt werden.

Bereits 1982 sollen anhand der Analyse der verschiedenen Systemkonzepte die technischen und wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten aufgezeigt werden, so daß dann die Entscheidung über den allgemeinen Einsatz der Glasfasertechnik für ein breitbandiges integriertes Fernmeldenetz der Deutschen Bundespost getroffen werden kann.

Die Einführung der Glasfasertechnik muß in Hinblick auf die Beschäftigungssituation in der deutschen Fernmeldeindustrie auch als wichtiges Mittel zur Erschließung neuer Märkte für die Nachrichtentechnik und zur Erhöhung der Exportchancen gesehen werden. Zur Zeit beschäftigt die nachrichtentechnische Industrie in der Bundesrepublik Deutschland etwa 100.000 bis 120.000 Arbeitskräfte in den Bereichen "Drahtnachrichtentechnik, Funknachrichtentechnik, Drähte und Kabel". Bei einem jährlichen Investitionsvolumen von zwölf Milliarden DM sind mindestens 80.000 Arbeitskräfte von den Aufträgen der Deutschen Bundespost unmittelbar betroffen.

Eine Chance zur Sicherung dieser Arbeitsplätze auch dann, wenn etwa Mitte der 80er Jahre bei den Fernsprechan Schlüssen ein Sättigungszustand erreicht sein wird, ist durch die Glasfasertechnik und die mit ihr verbundenen neuen Dienstleistungen gegeben. Wenn eine entsprechende Nachfrage nach breitbandigen Diensten entsteht, wird ein flächendeckender Ausbau in Glasfasertechnik wirtschaftlich und bewirkt Investitionen von mindestens 50 bis maximal 100 Milliarden DM einschließlich der Endgeräte. Bei der Annahme eines 25-jährigen Investitionszeitraumes und Kosten von 100.000 DM pro Jahr und Arbeitsplatz wären dadurch immerhin 20.000 bis 40.000 Arbeitsplätze gesichert.

Diese in die Zukunft reichende Planung der Deutschen Bundespost ist allerdings nur unter der Voraussetzung möglich, daß die Gesamtverantwortung der Post auch für das künftige integrierte Breitbandnetz unbestritten bleibt. Denn die Netzträgerschaft der Deutschen Bundespost ist aus technischen, medienpolitischen und wirtschaftlichen Gründen sinnvoll:

- technisch, weil dadurch sichergestellt wird, daß die sich bildenden Breitbandinseln später zu einem kompatiblen Netz zusammengeführt werden können,
- medienpolitisch, um durch eine eindeutige Trennung von Programm und Netz die Netzneutralität verlässlich und jederzeit kontrollierbar zu sichern und
- wirtschaftlich, weil die Post vorhandene Kabelkanalanlagen, Gebäude und so weiter mitbenutzen kann und weil sie zur Weiterentwicklung des Fernmeldewesens in der Bundesrepublik Deutschland ohnehin Breitbandkabel auslegen muß, um den Fernmeldeverkehr der Zukunft zu transportieren zu können.

Diese Gründe haben auch das Bundeskabinett überzeugt, so daß die Bundesregierung an der Netzträgerschaft der Deutschen Bundespost festhalten wird. Hilfreich scheint mir dabei, daß auch die Monopolkommission aus heutiger Sicht erkannt hat, daß für das Telekommunikationsnetz nur die alleinige Trägerschaft der Post sinnvoll ist.

Bis zur endgültigen Einsatzbereitschaft der Glasfasertechnologie wird die Deutsche Bundespost in jedem Fall ihre Unternehmenspolitik fortsetzen, den Bedarf an heutigen und künftigen Fernmeldedienstleistungen durch den weiteren Ausbau der vorhandenen Fernmeldenetze zu decken. So wird sie für die Sicherstellung eines einwandfreien Hörfunk- und Fernsehempfangs auch weiterhin dort, wo dies erforderlich ist - zum Beispiel bei Abschattungen, Neubaugebieten mit Antennenverbot und dergleichen -, Breitbandverteilnetze in Kupfer-Koaxialtechnik aufbauen. Der Aufbau von speziellen flächendeckenden Netzen in Koaxialtechnik nur für die Verteilung von Hörfunk- und Fernsehprogrammen aus Mitteln der Deutschen Bundespost ist mit dem Ziel des Aufbaus eines innovatorisch für die deutsche Wirtschaft wesentlich wichtigeren integrierten Breitbandnetzes für die Individualkommunikation allerdings nicht zu vereinbaren.

Daß sich die Deutsche Bundespost bei der Nutzung des herkömmlichen Fernmeldenetzes ebenfalls nicht auf die bereits gewohnten Dienste beschränkt, wird unter anderem am Bildschirmtext deutlich. Dieser neue Dienst wird zur Zeit in zwei Feldversuchen erprobt und soll nach Auffassung der Bundesregierung ab 1983 für den Individualverkehr eingeführt werden. Die in diesem Zusammenhang geäußerten Befürchtungen, dadurch würde in die medienpolitische Zuständigkeit der Bundesländer eingegriffen, treffen nicht zu. Im Bereich des allein beabsichtigten Individualverkehrs ist nämlich ausschließlich die Zuständigkeit des Bundes gegeben.

(-/1.7.1981/ks/ca)

Ein überzeugter Sozialist

Vor zehn Jahren verloren wir Waldemar von Knoeringen

Von Dr. Helmut Rothemund MdL

SPD-Landesvorsitzender in Bayern

Am 2. Juli jährt sich der Todestag von Waldemar von Knoeringen zum zehnten Mal. Waldemar von Knoeringen gehört neben Georg von Vollmar und Dr. Wilhelm Hoegner zu den bedeutendsten Männern der bayerischen Sozialdemokratie und den profiliertesten Persönlichkeiten der bayerischen Politik der Nachkriegsjahre. Sein Name ist außerdem eng mit der Kulturpolitik der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands verbunden - mit einer Kulturpolitik, unter der Waldemar von Knoeringen weit mehr verstand als nur Schul- und Bildungspolitik. Nach seiner Überzeugung muß aus dem formalen Rechtsstaat ein Kulturstaat werden, worunter er eine Gemeinschaft freier, gleichberechtigter Bürger und mündiger Menschen verstand.

Als sich Waldemar von Knoeringen im Jahre 1926 - 20 Jahre alt - der SPD anschloß, war er bereits ein überzeugter Sozialist, hat Ferdinand Lassalle studiert und sich mit anderen Klassikern des Sozialismus beschäftigt. Bald wurde er als glänzender Redner bekannt, der seine Zuhörer überzeugen und mitreißen konnte.

Es dauerte nicht lange, bis Waldemar von Knoeringen in den Kampf um die Verteidigung der Weimarer Republik verstrickt war. Im März 1933 endete der Kampf der Sozialdemokraten gegen den Nationalsozialismus mit einer Niederlage der Demokratie. Knoeringen mußte fliehen, um der drohenden Verhaftung zu entgehen.

Über Österreich ging Waldemar von Knoeringen in die Tschechoslowakei, wo ihn der nach Prag emigrierte Parteivorstand der SPD mit der Leitung des Grenzsekretariats für Südbayern betraute. Nachdem die ersten illegalen sozialdemokratischen Organisationen in Deutschland zerschlagen waren, schuf Knoeringen eine sorgfältig aufgebaute und arbeitende illegale Partei, die erst im Jahre 1942 von der Gestapo entdeckt wurde. Diese Aufgabe bezeichnete er zeit seines Lebens als die höchste Ehre, die ihm je zuteil geworden ist.

Die nächsten Stationen seiner Flucht vor Hitler waren Paris und London. Im Frühjahr 1946 - nach dem Ende des "Tausendjährigen Reiches" - folgte Waldemar von Knoeringen dem Ruf des bayerischen Ministerpräsidenten und Sozialdemokraten Wilhelm Hoegner, am Wiederaufbau der zerstörten Heimat mitzuwirken. Knoeringen kehrte nach Rosenheim zurück und stellte sich bereits am nächsten Tag zur Verfügung. Frühere Versuche Waldemar von Knoerings, in die Heimat zurückzukehren, waren an der Verweigerung der Einreise durch die damalige Militärregierung gescheitert.

Die Absicht, sich ausschließlich der politischen Bildung zu widmen - ohne die es nach seiner Meinung keine gut funktionierende Demokratie geben könne - mußte Waldemar von Knoeringen bald aufgeben. Wenige Wochen nach seiner Rückkehr wurde er in die Verfassungsgebende Landesversammlung und im Dezember 1946 in den Bayerischen Landtag gewählt, dem er 24 Jahre lang ununterbrochen angehörte.

Im Jahre 1947 wurde Waldemar von Knoeringen Landesvorsitzender der Sozialdemokratischen Partei in Bayern. Drei Jahre später übernahm er dazu den Vorsitz der sozialdemokratischen Fraktion im Bayerischen Landtag. 1958 wurde er stellvertretender Vorsitzender der Bundespartei. Erst ab 1963 - in diesem Jahr gab er den Landesvorsitz ab - konzentrierte er sich wieder mehr und mehr auf das, was er nach eigenen Angaben zwar immer mit Leidenschaft verfolgte, aber nur nebenher tun konnte: Auf die Gesellschafts- und Kulturpolitik, auf die Grundlagen- und die Bildungsarbeit.



Waldemar von Knoeringen stellte hohe Ansprüche an die Politik, denen er auch selbst in besonderem Maße gerecht geworden ist. Tief und nachhaltig hatten ihn die letzten Briefe der zum Tode verurteilten und hingerichteten Freunde beeindruckt. Sie starben in dem Glauben, den Boden für eine bessere, friedlichere Zukunft, für eine Menschlichkeit bereitet zu haben.

Sich ständig um ein Höchstmaß des Moralischen zu bemühen und um die Einheit von Macht und Moral zu kämpfen, betrachtete Waldemar von Knoeringen als Erbe und Aufgabe der illegalen Partei und der vielen, die sich für die SPD geopfert hatten. Die Demokratie bezeichnete er als die vornehmste und menschenwürdigste, aber auch als die schwierigste Staatsform.

Unermüdet rang Knoeringen um eine Verbesserung der demokratischen Institutionen. Die bewußte Weckung des politischen Willens und die tätige Mitverantwortung im öffentlichen Leben bezeichnete er als eine Kernfrage der demokratischen Existenz.

Frühzeitig - und damals als einziger Politiker - machte Waldemar von Knoeringen auf die große Umwälzung in Wissenschaft und Technik aufmerksam, die bald nach Kriegsende eingesetzt hatte. Er warnte vor einem sich immer deutlicher abzeichnenden Auseinanderklaffen von menschlichem Bewußtsein und der fortschreitenden wissenschaftlichen Entwicklung. Knoeringen verlangte die Anpassung unserer Sozial- und Wirtschaftsordnung an die Bedingungen der "Zweiten industriellen Revolution". Er bekannte sich zur neuen Entwicklung, von der er erwartete, daß zum ersten Mal in der Geschichte die Menschheit einen Zustand erreichen werde, in dem es Armut und Not nicht mehr zu geben braucht. Gleichzeitig stellte er die Frage - zu einer Zeit, als die Not für viele Menschen in Deutschland noch nicht überwunden war - was aus dem Menschen wird: Ob der Mensch glücklich sein wird, wenn alle seine materiellen Bedürfnisse befriedigt werden können.

In vielen seiner Reden und Aufsätze trat Waldemar von Knoeringen der Meinung entgegen, die deutsche Sozialdemokratie sei eine bloße Interessengemeinschaft, der es ausschließlich um die Befriedigung materieller Bedürfnisse gehe, der ethische Züge mangeln. In einer seiner ersten großen Reden im Bayerischen Landtag - es war im Juli 1947, zu einer Zeit der bittersten Not - legte er besonderes Gewicht auf die Tatsache, daß die Gesellschaftsauffassung der deutschen Sozialdemokratie den ethischen Wert im Menschen und die Freiheit der Einzelpersönlichkeit geradezu zur Voraussetzung hat.

Waldemar von Knoeringen beschäftigte sich immer eingehender mit dem Wesen des Menschen und mit der Wissenschaft vom Menschen. In der einander widersprechenden Auffassung vom Wesen des Menschen sah er den Schlüssel zum Verständnis für den unüberbrückbaren Gegensatz zwischen Kommunismus und der demokratischen Welt. Er baute darauf eine theoretische Auseinandersetzung auf, die zu den klügsten und ernstesten auf diesem Gebiete zu zählen ist.

Die menschlichste, oder wie er sagte, die anthropologische Orientierung der Politik war das Thema einer seiner letzten Arbeiten. Waldemar von Knoeringen faßte darin alles zusammen, was er sich in den letzten Jahren seines Lebens erarbeitet hatte, und war davon überzeugt, daß der anthropologische Denkansatz eine neue Dimension des demokratischen Sozialismus erkennbar macht.

Am 2. Juli 1971 ist Waldemar von Knoeringen - noch nicht ganz 65 Jahre alt - plötzlich an einem Herzversagen gestorben. Die Reden und Aufsätze dieses weit über die Grenzen seiner Partei hinaus geschätzten und verehrten Mannes sind von bleibendem Wert. Waldemar von Knoeringen hat den Sozialdemokraten, uns allen auch heute noch viel zu sagen.

(-/1.7.1981/ks/ca)

+ + +



Vorwurf gegen Nachkriegspolitiker

Majdanek-Prozeß beweist zu spätem Beginn der systematischen Ahndung von NS-Verbrechen

Von Dr. Alfred Emmerlich MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Recht der SPD-Bundestagsfraktion

Nach fünf Jahren und sieben Monaten Verhandlungsdauer hat das Landgericht Düsseldorf sein Urteil im Majdanek Prozeß gesprochen. Gegenstand des Verfahrens war die Ermordung von über 250.000 Häftlingen im Konzentrationslager Lublin-Majdanek während der Naziherrschaft.

Demit ist der längste Prozeß der deutschen Rechtsgeschichte zu Ende gegangen. Die Dauer des Verfahrens hat im In- und Ausland die Frage hervorgerufen, wie ehrlich es den Deutschen mit ihren Versuchen sei, die Nazivergangenheit zu bewältigen.

Dieser Frage kann man sich nicht mit dem Hinweis entziehen, die Schwierigkeiten des Gerichts bei der Sachverhaltsermittlung hätten ihre Ursache häufig in der 35jährigen Zeitspanne zwischen den angeklagten Taten und dem Beginn der Hauptverhandlung gehabt. Zwar konnten sich die meisten ehemaligen Lagerhäftlinge im Zeugenstuhl an die Tötungen und die unmenschlichen Lebensbedingungen im KZ erinnern. Die konkreten Zuordnungen der Taten und die zweifelsfreie Identifizierung einzelner Angeklagter erwies sich jedoch als schwierig. Zutreffend hat der Vorsitzende des Gerichts darauf hingewiesen, daß diese Schwierigkeiten ganz oder zumindest teilweise hätten vermieden werden können, wenn das Verfahren früher begonnen hätte. Dieser Vorwurf gegen die Nachkriegspolitiker, die für den viel zu späten Beginn einer systematischen Verfolgung von NS-Verbrechen verantwortlich sind, ist berechtigt.

Auch die unrühmliche Rolle einiger Verteidiger im Majdanek-Prozeß darf nicht unerwähnt bleiben. Mit teils infamen und perfiden Tricks haben sie versucht, die Hauptverhandlung platzen zu lassen. Sie stellten insbesondere zu Beginn einen Befangenheitsantrag nach dem anderen - mal gegen das Gericht, mal gegen Sachverständige. Erinnerung sei nur an die Befangenheitsanträge eines Verteidigers gegen den historischen Sachverständigen Prof. Dr. Scheffler, die dem Sachverständigen unter anderem anlasten wollten, bei einem Juden promoviert zu haben. Auf das Konto dieses Verteidigers ging auch der Antrag auf Erlaß eines Haftbefehls wegen des Verdachts zur Beihilfe zum Mord gegen eine polnische Zeugin, die das totbringende Zyklon B vom Magazin in Majdanek zu den Gaskammern schleppen mußte. Durch solche zynischen, die Opfer noch verhöhrenden Anträge wurde die ohnehin schon vorhandene extreme seelische und körperliche Belastung der Zeugen bei ihrer Vernehmung noch weiter erhöht.

Ob das vom Gericht gefundene Strafmaß (eine lebenslangefreiheitsstrafe, sieben zeitlich befristete Freiheitsstrafen und ein Freispruch) der Schuld der Angeklagten gerecht wird, kann erst bei näherer Prüfung der schriftlichen Urteilsgründe gesagt werden. Wenn überlebende Opfer diese Strafen als unzulänglich empfinden, so ist dies angesichts des die menschliche Vorstellungskraft übersteigenden Ausmaßes der Verbrechen verständlich.

Die politisch Verantwortlichen sind durch den Majdanek Prozeß in zweifacher Hinsicht gefordert:

1. Es müssen Wege gesucht werden, die es der Justiz ermöglichen, solche Großverfahren - sei es im Bereich der NS-Verbrechen, sei es in anderen Bereichen (Wirtschaftskriminalität) - in angemessener Zeit durchzuführen. Nur so kann verhindert werden, daß die Glaubwürdigkeit der Justiz und damit auch unseres Staates Schaden nimmt.
2. Die Nazi-Verbrechen und die Leiden der Opfer können nicht ungeschehen gemacht werden. Um so notwendiger ist es, dem Neonazismus entschieden entgegenzutreten. Strafrechtliche Lücken bei der Bekämpfung des Neonazismus müssen endlich geschlossen werden. Wir sind es den Opfern des NS-Terrors schuldig, daß sie nicht zusätzlich durch Begriffe wie "Auschwitz-Lüge" und so weiter straflos verhört werden können. (-/1.7.1981/hl/co)



Weitgehende Gemeinsamkeit erforderlich

Dritte UN-Seerechtskonferenz Thema für Ottawa

Von Horst Grunenberg MdB
Obmann der Arbeitsgruppe Meerespolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Seit 1974 hat sich der Deutsche Bundestag viele Male mit dem Thema Seerecht beschäftigt. Alle Fraktionen haben in der Regel weitgehend übereinstimmend auf die Bedeutung dieser Konferenz für die Fischerei-, Schifffahrts-, Technologie-, Forschungs- und Rohstoffinteressen der Bundesrepublik Deutschland hingewiesen und die Gefahren und Nachteile, die sich für uns aus einer Neukodifizierung des Seevölkerrechts - es handelt sich ja im eigentlichen Sinne um eine Rechtsschöpfungskonferenz - ergeben.

Wenn alles so gelungen wäre, wie es geplant war, dann hätte hier gesagt werden können, daß die Seerechtskonferenz nach neunjähriger Tätigkeit vor der Unterzeichnung der Konvention steht.

Die zwischenzeitlich allseits bekannte Haltung der Vereinigten Staaten stellt uns vor eine teilweise neue Situation. Für alle überraschend - auch für unsere Delegation - kam am Beginn der New Yorker Session im März dieses Jahres die Ankündigung der USA, den informellen Konventionstext einer generellen Überprüfung zu unterziehen.

Für mich erklärbar ist dies nur, daß auch die USA zu dem Erkenntnis gekommen sind, daß eine Reihe von Regelungen - insbesondere zum Internationalen Meeresbodenregime - nicht in jedem Fall mit den nationalen Interessen der USA übereinstimmen. Ich möchte eines sehr deutlich hervorheben, denn es hat ja gerade im Zusammenhang mit dieser US-Überprüfungsabsicht Kommentare gegeben, als sei in der Konferenz auch eine genereller Kurswechsel vollzogen worden:

"Wir kennen das Ergebnis der amerikanischen Überprüfung noch nicht, wir werden es auch vermutlich erst im Herbst richtig abschätzen können."

Was kann daraus für uns gefolgert werden?

Wir haben etwas Zeit gewonnen, unsererseits den Text zu überprüfen, unsere Interessen abzuwägen und in engem Kontakt mit den USA und unseren EG-Verbündeten die Möglichkeiten zu Textverbesserungen zu erkunden. Eines aber sollten wir auf keinen Fall tun, nämlich das Verhalten der USA dahingehend auszulegen, als sei dies die Gelegenheit, den Konventionstext vollständig umzukrempeln. Ein großer Teil der Regelungen wird vermutlich auch zukünftig nicht in unserem Sinne veränderbar sein.

Dabei denke ich an die Ausdehnung der Territorialgrenzen der Küstenstaaten auf zwölf nautische Meilen seewärts. Die weiteren 188 Seemeilen anschließender Aquatorien unter nationaler Jurisdiktion der Küstenstaaten und von dieser Linie ausgehend weitere 150 Seemeilen des Meeresbodens unter ausschließlichem Nutzungsrecht des Küstenstaates.

In diesem Zusammenhang ein Hinweis auf den Artikel 76 Absatz 6 des bisherigen informellen Verhandlungstextes: Betrachtet man die Topographie des Meeresbodens zwischen



der US-Westküste, den Kurilen und der Hawai-Inselgruppe, dann wäre es interessant, einmal geologische und juristische Konstruktionen zu diskutieren.

Der Antrag der CDU/CSU, der am 25. Juni 1981 im Deutschen Bundestag behandelt wurde, entspricht im wesentlichen den Forderungen, die vom Deutschen Bundestag immer wieder erhoben worden sind. Im Interesse des Erhaltens einer weitgehenden Gemeinsamkeit halte ich es für erforderlich, ihn in den zuständigen Ausschüssen des Bundestages gründlich zu beraten und die Ergebnisse der Genfer Session im August sowie die Erkenntnisse über die amerikanische Haltung in diese Beratungen miteinzubeziehen. Der Deutsche Bundestag wird dann Gelegenheit haben, noch einmal klar und umfassend zu einer Seerechtskonvention Stellung zu nehmen.

Daß die Bundesregierung mit der neuen US-Regierung enge Kontakte in Sachen Dritte UN-Seerechtskonferenz aufgenommen hat, beweist die gemeinsame Erklärung von Bundeskanzler Helmut Schmidt und Präsident Reagan vom 22. Mai 1981, anlässlich des offiziellen Besuches des Kanzlers in den USA. Es wird der gegenwärtige Stand der Dritten UN-Seerechtskonferenz und die weitere Verhandlungslinie sicherlich auch ein Thema der anstehenden Ottawa-Konferenz im Juli sein.

Wenn ich auf die zweite Halbzeit der zehnten Verhandlungsrunde ab 3. August dieses Jahres in Genf eine Prognose abgeben müßte, so würde ich auf eine sehr politische Auseinandersetzung unter den 4.500 Delegierten tippen.

(-/1.7.1981/vo-he/ca)

+

+

+



Tiefes Unbehagen an der Opposition

Zwischenbilanz des Untersuchungsausschusses MRCA/Tornado

Von Horst Jungmann MdB

Stellvertretender Obmann der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion im
Untersuchungsausschuß MRCA/Tornado

Der derzeitige Stand der Ermittlungen des Tornado-Untersuchungsausschusses ergibt folgendes Bild:

1. Bundesminister Hans Apel war bis zum 17./18. November 1980 weder über die genaue Höhe noch über die Rechtsverbindlichkeit der Industriemehrforderungen im Jahre 1980 informiert. Seine Informationen beschränkten sich vielmehr auf Probleme der mittel- und langfristigen Finanzplanung.

Keines der vom Ausschuß gesichteten Dokumente, kein sachverständiger Zeuge hat diese Aussage des Ministers bislang erschüttert.

Was der Ausschuß ermitteln konnte, ist dies:

- Die im Juli 1980 von der NATO-Agentur NAMMA übermittelten Berechnungen, nach denen sich eine Haushaltsunterdeckung von cirka 600 Millionen DM ergeben konnte, fanden den Systembeauftragten im Bundesverteidigungsministerium - Ambos - nach eigener Aussage "völlig überrascht".
- Den Anfang 1980 von NAMMA mitgeteilten möglichen Industrierechnungen in Höhe von 1.550 Millionen DM standen ein Haushaltsansatz von 1.200 Millionen DM sowie ein Haushaltsausgaberesultat von 171 Millionen DM gegenüber. Die verbleibende Unterdeckung von cirka 180 Millionen DM liegt nur unwesentlich über der Schätzungsgenauigkeit, die der Generalmanager der PANAIA, Dr. Fichtmüller, als mit \pm zehn Prozent bei Projekten wie Tornado als "völlig normal" bezeichnete. Selbst dieser Betrag war auf der Ebene Systembeauftragter und Haushaltsabteilung streitig.
- Über die Rechtsverbindlichkeit der Mehrforderungen in 1980 gab es tiefgreifende Bewertungsunterschiede zwischen dem damaligen Haushaltsdirektor und dem Systembeauftragten: Insoweit sind die Ausschüßermittlungen noch nicht abgeschlossen, als wesentliche Ursache des Dilemmas zeichnet sich indes bereits heute eine von



den geltenden Haushaltsvorgaben abweichende Vertragsgestaltung im Frühjahr 1979 ab.

Dieses Ermittlungsergebnis zeigt: Es gab Mängel im Bundesverteidigungsministerium bei der Abwicklung des Tornado-Programms.

Es bleibt zunächst abzuwarten, wie sich die von Bundesminister Apel veranlaßte Neufassung des Planungserlasses und die Stärkung des Generalinspektors in der Gesamtplanung auswirken werden. Die SPD wird dies im Verteidigungs- und im Haushaltsausschuß aufmerksam verfolgen.

2. Die Untersuchung hat weiter gezeigt:

Trotz fühlbarer Haushaltsenge und trotz gestiegener Beschaffungskosten für hochkomplizierte Rüstungsgüter ist die Bundeswehr - insbesondere im NATO-Vergleich - auch heute voll einsatzfähig. Der Generalinspekteur, der Inspekteur der Marine und der Inspekteur des Heeres haben dies dem Ausschuß überzeugend dargelegt.

Die erstaunlichen Aussagen des Luftwaffeninspektors über den Verlauf der Rüstungsklausur und die Treibstoffversorgung der Luftwaffe wurden dokumentarisch widerlegt; von Bundesminister Hans Apel im Deutschen Bundestag und gleichlautend von allen übrigen Inspektoren, dem Generalinspekteur, den Inspektoren des Heeres und der Marine.

3. Ein hoher - und durch CDU/CSU-Anträge fortlaufend weiter angeschütteter - Tornado-Aktenberg wurde bis zum letzten Vorentwurf eines Hilfsreferentenvermerks abgetragen, seit Monaten sind die Mitglieder des Verteidigungsausschusses über Namenskürzel auf internen Vorlagen besser informiert als über die auf den Nägel brennenden Fragen der Nach- und Abrüstung.

Was bleibt?

Ein tiefes Unbehagen an einer Opposition, die - offenbar unfähig, das parlamentarische Instrument des Verteidigungsausschusses zu handhaben - die scharfe Waffe eines Untersuchungsausschusses zu laufenden Haushaltsberatungen mit kriminalistischen Mitteln zu mißbrauchen sucht. Die Arbeit des Verteidigungsausschusses und damit die parlamentarische Kontrolle unserer Bundeswehr müssen unter dieser Oppositionstaktik leiden.

(-/1.7.1981/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

